



Die Woche im Bundestag



Europäischer Rat im Zeichen von Industrie und Brexit. Kabinetts beschließt Eckwerte zum Haushalt 2020.

Am Donnerstag gab die Bundeskanzlerin am Vormittag ihre 4. Regierungserklärung in dieser Legislaturperiode. Anlass der 20-minütigen Rede mit anschließender Debatte war das Zusammentreffen des Europäischen Rates am 21. und 22. März in Brüssel. In dieser Woche trafen sich die Staats- und Regierungschefs zu ihrem traditionellen Frühlings-Gipfel. Es ging wieder um den Brexit und die Art und



Weise, wie das Vereinigte Königreich aus der EU austritt. Wir in der Union, viele Menschen in Deutschland

hätten sich gewünscht, dass die Briten in der EU bleiben. Sie haben anders entschieden. Dann müssen sie aber auch die dafür notwendigen Entscheidungen treffen.

Weitere Schwerpunkt dieses EU-Rats-treffens waren wirtschaftliche Themen, die die Wettbewerbsfähigkeit Europas betreffen. Dabei ging es z.B. um den EU-Binnenmarkt, um die Weichen für die künftige europäische Klimapolitik im Einklang mit den Klimazielen von Paris gestellt sowie um eine europäische Industriestrategie. Dieses Thema ist vor allem auf Initiative der Bundeskanzlerin auf die Tagesordnung gesetzt worden. Die europäische Industrie ist ein wesentlicher Schlüssel für unsere Wettbewerbsfähigkeit und unseren

Wohlstand. Angesichts der globalen Veränderungen muss sich die EU auch hierzu positionieren. Außerdem haben die Staats- und Regierungschefs in Brüssel den EU-China Gipfel am 9. April inhaltlich vorbereitet.

Das Bundeskabinetts hat in dieser Woche die Eckwerte für den Haushalt 2020 und für den Finanzplan bis zum Jahr 2023 beschlossen. Damit ist der Rahmen abgesteckt für die regierungsinterne Erarbeitung des Gesetzentwurfs für den Haushalt 2020, den das Kabinetts im Sommer ins Verfahren geben wird.

Der Finanzplan ist als regierungsseitiges Planungsinstrument in erster Linie Sache der Bundesregierung, die damit die künftigen Schwerpunkte setzt und die Grundlage für die folgenden Haushaltsaufstellungen bildet. Wie üblich wird aber der Deutsche Bundestag im Herbst dieses Jahres sein „Königsrecht“ - das Haushaltsrecht - ausüben und den Haushalt 2020 beraten und beschließen. Erst dann werden verbindliche Entscheidungen getroffen.

Auffällig ist der starke Anstieg der Sozialausgaben, während gerade die Zuwächse in den Bereichen Verteidigung und Entwicklungshilfe, in denen wir internationale Verpflichtungen eingegangen sind, verhalten ausfallen.



Wir haben uns in sehr guter wirtschaftlicher Lage zu viel geleistet. Nun müssen wir in der Haushaltsplanung umsteuern. Neue Schulden und Steuererhöhungen sind auch weiterhin mit der Union nicht zu machen. Daher müssen wir den Koalitionsvertrag kritisch überprüfen und Ausgabewünsche infrage stellen.

Starker Staat: Nein zu Gewalt gegen Einsatzkräfte

Polizisten und Rettungskräfte besser schützen

Polizisten und Rettungskräfte halten für die Sicherheit der Menschen in Deutschland jeden Tag den Kopf hin. Sie verdienen daher besonderen Schutz und besondere Anerkennung.



Mehr als 4500-mal wurden "Vollstreckungsbeamte und gleichstehende Personen" im Jahr 2017 während allgemeiner Tätigkeiten, etwa

der Streifenfahrten oder der Aufnahme eines Unfalls, angegriffen. Das ist ein deutlicher Anstieg innerhalb von vier Jahren.

Härtere Strafen

Seit Mai 2017 werden Angriffe auf Vollstreckungsbeamte und Rettungskräfte härter bestraft. Die Unionsfraktion hatte das Thema im Bundestag vorangetrieben und 2017 die Strafvorschriften zum Schutz von Polizeibeamten und Rettungskräften verschärft. So wurde ein neuer Straftatbestand des „Tätlichen Angriffs auf Vollstreckungsbeamte“ geschaffen. Im Paragraphen §114 sind nun Freiheitsstrafen bis zu fünf Jahren vorgesehen. Damit steht Gewalt gegen Polizisten

auch schon bei allgemeiner Diensthandlungen unter Strafe.

Neue Stellen und bessere Ausstattung

Neben dem strafrechtlichen Schutz bedarf es auch Investitionen in die personelle und materielle Ausstattung unserer Sicherheitskräfte: Durch den Pakt für den Rechtsstaat erhalten Bundespolizei und Bundeskriminalamt mehr Personal und mehr finanzielle Mittel.

Strafrecht konsequent anwenden

Die Gerichte müssten nun die Strafgesetze auch



konsequent anwenden, verlangt Winkelmeier-Becker. Die Gerichte hätten beispielsweise auch die Möglichkeit, Fahr-

verbote gegen Straftäter zu verhängen. „Ein solches Fahrverbot hinterlässt gerade bei jungen Krawallmachern oft mehr Wirkung als eine Geld- oder Bewährungsstrafe“, macht Winkelmeier-Becker deutlich. Bei volljährigen Kriminellen müsse außerdem das Erwachsenenstrafrecht konsequent zur Anwendung kommen: „Es ist nicht hinnehmbar, dass 18-, 19- oder 20-jährige Täter in einem Großteil der Fälle noch nach Jugendstrafrecht abgeurteilt werden, bei dem der Erziehungsgedanke im Vordergrund steht“, äußert die rechtspolitische Sprecherin der Unionsfraktion ihren Unmut. Der Gesetzgeber müsse hier ein klares Signal setzen, dass kriminelles Verhalten nicht geduldet wird.

Rücküberstellungen in EU-Staaten sollen Ausnahme bleiben

Matthias Middelberg, innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, zu dem am Dienstag

gefällten Urteil des Europäischen Gerichtshofs in Luxemburg zu einer erleichterten Flüchtlingsabschiebung in andere EU-Länder:

„Das Urteil des EuGH ist zu begrüßen. Es zeigt, dass Rücküberstellungen in EU-Staaten nur in extremen Ausnahmefällen wegen der Lage vor Ort verweigert werden können. Das sollte auch in der Praxis die absolute Ausnahme bleiben: In der Wertegemeinschaft EU kann von allen Mitgliedstaaten erwartet werden, dass sie die Personen in ihrem Land nicht unmenschlich oder erniedrigend im Sinne der Grundrechtscharta behandeln. Können Personen dennoch aufgrund solcher systemischen Mängel nicht in einen Mitgliedstaat zurückgeführt werden können, sollte das EU-Recht künftig vorsehen, dass dieser Mitgliedstaat gegenüber dem aufnehmenden Mitgliedstaat jedenfalls für die finanziellen Folgen haftet.“

Positionspapier zu Deutscher Einheit und SED-Opfern

Vor 30 Jahren brachten die Deutschen in der DDR die Mauer zum Einsturz. Damit endete die bittere Teilung unseres Landes. Aber es blieben Opfer, welche die Folgen des SED-Unrechts bis heute spüren. Wir sind den Opfern dieses Unrechts auch in Zukunft Gerechtigkeit schuldig. Für uns dürfen Erinnerung, Aufarbeitung



und Wiedergutmachung auch nach 30 Jahren nicht an Bedeutung verlieren. Daher beschließen wir als Fraktion ein umfassendes

Positionspapier, das weitere Maßnahmen zur Rehabilitierung der Opfer enthält. Wir machen uns etwa für die Entfristung der Rehabilitierungs-Gesetze stark. Diese bieten Opfern die rechtliche Grundlage für Entschädigungen. Auch kommende

Generationen sollen erfahren, wohin die SED-Diktatur geführt hat. Wir fordern daher ein Mahnmal für die Opfer kommunistischer Gewalt. Wir wollen einen Härtefallfonds für die Opfer des SED-Unrechts einrichten, die bislang durch das Raster fallen. Ein unabhängiger Bundesbeauftragter soll für die Opfer der SED-Opfer ein vertrauenswürdiger Ansprechpartner sein. Die Geschichte zwangsadoptierter Kinder ist noch immer unklar. Hierzu brauchen wir mehr Erkenntnisgewinn durch Forschung. Die Rekonstruktionsarbeit der Stasi-Akten muss weitergehen – mit Unterstützung neuer Technik. Wir wollen Forschung und Lehre weiter verstärken, um das ganze Ausmaß des Unrechts zu erfassen. Wir müssen dem Gedenken und den Lehren aus beiden Diktaturen mehr Raum verschaffen. Auch in den Lehrplänen. Mit dem Wissen über das Wesen einer Diktatur lernt man den Wert der Demokratie zu schätzen.

Versteigerung der Frequenzen für 5 G beginnt



In dieser Woche begann bei der Bundesnetzagentur die Versteigerung von Frequenzen, welche die Telekommunikationsunternehmen

für die neue Mobilfunkgeneration 5G nutzen werden. Mit 5G können deutlich größere Datenmengen in Echtzeit übertragen werden. Man benötigt diese Technik für autonomes Fahren und viele innovative Industrieanwendungen. Es ist davon auszugehen, dass die Versteigerung mehrere Wochen dauern wird. Danach werden die Frequenzen den Telekommunikationsunternehmen zugeteilt und der Ausbau kann beginnen. Bis spätestens Ende 2022 muss der erste Ausbauschritt erfüllt sein, so dass er dann den Verbrauchern zugutekommt.

Fachgespräch: #leben2030 – Blockchain: Chancen nutzen!

Manche haben sie angesichts purzelnder Kryptowährungs-Kurse bereits für gescheitert erklärt. Andere halten sie für die größte technische Evolution seit Bestehen des Internets. Die Blockchain. Klar ist, dass der deutsche Standort in diesem Bereich gut aufgestellt ist. Viele Meilensteine in der noch jungen Geschichte der Blockchain haben ihren Ursprung in Deutschland.

Gleichwohl wird die Rechtslage, die in vielerlei Hinsicht noch in der analogen Welt verhaftet ist, zunehmend als Hemmnis wahrgenommen. Vor diesem Hintergrund droht Deutschland seinen Standortvorteil im internationalen Wettstreit zu verlieren. Wir müssen also rechtliche Rahmenbedingungen schaffen, die auch zukünftig Innovationen fördern. Wir wollen die Potenziale der Technologie für unser #leben2030 aufzeigen und gemeinsam Wege finden, diese zu erschließen. Das gilt kurz-, mittel- und langfristig. Das gilt für den Finanzmarkt genauso wie für die Energiewirtschaft oder die öffentliche Verwaltung – wir wollen die Chancen der Technologie nutzen!

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion lädt Sie herzlich zu einem Fachgespräch am 03. April 2019 nach Berlin ein. Details zu der Veranstaltung und wie Sie sich anmelden erfahren Sie [hier](#).

Die Woche im Parlament

Ein deutsch-französisches Parlamentsabkommen – Für eine verstärkte parlamentarische Zusammenarbeit. Die Parlamente Deutschlands und Frankreichs, der Deutsche Bundestag und die Assemblée Nationale, schließen ein eigenes Abkommen ab, um damit die deutsch-französische Zusammenarbeit im Bereich der Legislative auszubauen. 56 Jahre nach der Unterzeichnung des Elysée-Vertrags und mit Blick auf den im

Januar von den Regierungen Deutschlands und Frankreichs gezeichneten Aachener Vertrag werden die Parlamente so ihrer Verantwortung für die Freundschaft der beiden Staaten gerecht. Die regelmäßige Arbeitsbeziehung soll künftig intensiviert werden. Dazu wird eine eigene deutsch-französische Kammer aus Abgeordneten aus Berlin und Paris gebildet, die mindestens zweimal jährlich zusammentritt. Dort sollen alle bilateralen Themen gemeinsam erörtert werden ohne verbindliche Beschlüsse zu fassen. Das Abkommen reagiert auf diese Weise auf die zunehmend internationaler werdenden Problemstellungen und ist zugleich ein Bekenntnis zur deutsch-französischen Freundschaft.

Gesetz zur zielgenauen Stärkung von Familien und ihren Kindern durch die Neugestaltung des Kinderzuschlags und die Verbesserung der Leistungen für Bildung und Teilhabe (Starke-Familien-Gesetz) Wir beschließen in 2./3. Lesung Maßnahmen zur Stärkung insbesondere einkommensschwacher Familien. Mit dem Ausbau und der Verbesserung von Leistungen für diese Familien wollen wir vor allem die Lage von Kindern verbessern. Der Kinderzuschlag soll dafür erhöht und auf Dauer dynamisiert werden. So wird beispielsweise zusätzliches Erwerbseinkommen der Eltern den Gesamtkinderzuschlag nur noch zu 45%, statt bisher zu 50%, mindern. Wir wollen den Kreis der Leistungsberechtigten darüber hinaus auf weitere Familien ausdehnen. Auch im Bereich des Bildungs- und Teilhabepaketes verbessern wir Leistungen für Kinder. Das Schulstarterpaket heben wir etwa auf 150 Euro an. Besonders hervorzuheben ist auch die Abschaffung der Eigenanteile bei der gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung und bei der Schülerbeförderung.

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der

NATO-geführten Maritimen Sicherheitsoperation SEA GUARDIAN im Mittelmeer. Wir berieten den Antrag der Bundesregierung zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der NATO-geführten Maritimen Sicherheitsoperation SEA GUARDIAN. Das Mandat soll bis zum 31. März 2020 verlängert werden, die personelle Obergrenze wird auf 650 Soldaten festgelegt. SEA GUARDIAN ermöglicht Schiffe, die im Verdacht stehen, eine Verbindung zu terroristischen Organisationen zu haben, zu kontrollieren und zu durchsuchen. Zudem wirkt die Operation durch die Präsenz der Einsatzkräfte als präventiver Ordnungsfaktor. Deutschland beabsichtigt weiterhin eine regelmäßige Beteiligung an SEA GUARDIAN, um so einen wichtigen Beitrag zur Seeraumüberwachung, zum Lagebild austausch, zum maritimen Kampf gegen den Terrorismus und zur Beschränkung des Waffenschmuggels zu leisten.

Besuch aus dem Wahlkreis

In der vergangenen Woche haben mich 50 Personen aus dem gesamten Wahlkreis im Rahmen einer Politischen Informationsfahrt für drei Tage in der Bundeshauptstadt besucht – darunter eine Delegation der Freiwilligen Feuerwehr aus Pattensen sowie der Bürgerverein aus Devese.



Auf dem Programm standen u. a. die Besichtigung des Bundesministeriums des

Innenen, für Bau und Heimat, des Bundeskanzleramtes, der ehemaligen Zentralen Untersuchungshaftanstalt der Stasi in Hohenschönhausen sowie eine umfangreiche Stadtrundfahrt. Bei dem Besuch des Deutschen Bundestages traf ich nach einer Plenardebatte die Besuchergruppe zu einem persönlichen Gespräch.

Gerne können auch Sie teilnehmen – vorausgesetzt Sie wohnen in meinem Wahlkreis und sind politisch interessiert. Mein hannoversches Wahlkreisbüro hilft Ihnen weiter!

Praktikantin der Woche: Vanessa Freimann aus Ronnenberg

In den vergangenen zwei Wochen hat uns Vanessa Freimann (20) im Büro unterstützt. Die aus Ronnenberg stammende Studentin konnte im Rahmen ihres Praktikums Einblicke in die politische Arbeit, in die parlamentarischen Arbeitsabläufe sowie den Arbeitsalltag einer Abgeordneten erlangen.



Vanessa konnte zudem im Rahmen des CDU/CSU-Praktikantenprogrammes an verschiedenen Diskussionsrunden, an Besichtigungen im Bundeskanzleramt und Bundestag, an einer Bundespressekonferenz sowie an Plenarsitzungen teilnehmen.

Außerdem begleitete sie mich zu einigen Terminen, wie zum Beispiel zu einer Podiumsdiskussion zum Thema „Wahlen im Zeitalter sozialer Medien“ in Dresden (siehe unten).

Aus dem Bundesministerium (BMZ)

Dresdner Forum für Internationale Politik

Am Dienstag habe ich an einer Podiumsdiskussion in der Frauenkirche teilgenommen, die sich mit dem Thema „Wahlen im Zeitalter sozialer Medien. Frei und fair – oder frei manipulierbar?“ auseinandergesetzt hat. Was bedeutet es eigentlich für den Frieden innerhalb und zwischen Gesellschaften, wenn bereits ein Tweet eine lokale, nationale oder gar internationale Krise auslösen kann, die sich ganz real in Gewalt niederschlägt? Wie können wir gezielt betriebener Desinformation und dem Schüren von Hass auf andere in den sozialen Netzwerken konstruktiv begegnen? Diese und weitere Fragen standen im Zentrum dieser gelungenen Abendveranstaltung.



Bildrecht: sef

Daten und Fakten

Onlineshopping immer beliebter.

Einkaufen im Internet bietet eine große Auswahl und die Möglichkeit des direkten

Preisvergleichs,

zudem ist es äußerst bequem. Diese

Vorteile scheinen bei den EU-Bürgern gut

anzukommen, denn die Zahl der

Onlinekäufer ist in

den letzten 10 Jahren stark gestiegen. Kaufte 2008 nur die Hälfte der



Internetnutzer auch online ein, waren es 2018 bereits 69%. Deutschland lag mit 82% sogar deutlich über dem Durchschnitt auf dem 4. Platz. Nur in Schweden und den Niederlanden (jeweils 84%), Dänemark (86%) und dem Vereinigten Königreich (87%) war Onlineshopping noch beliebter. (Quelle: Statistisches Bundesamt / Eurostat)



Dr. Maria Flachsbarth, MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 7 46 66
Fax: (030) 227 7 66 66
www.flachsbarth.info